



Antrag

der Fraktion der SPD

Einführung einer Übergewinnsteuer

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für die befristete Wiedereinführung der Übergewinnsteuer einzusetzen. Mit dieser können kurzfristige Entlastungen wie auch strukturelle Reformen zur nachhaltigen Sicherung bezahlbarer Energie finanziert werden.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag bekennt sich in diesem Zusammenhang zu dem Ziel, der Verringerung der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern durch einen konsequenten Ausbau erneuerbarer Energien und der Netze um eine umfassende Elektrifizierung in allen Sektoren zu ermöglichen.

Begründung:

Der Krieg in Nahost ist eine humanitäre Katastrophe. Steigende Energiepreise sind eine ihrer Begleiterscheinungen. Dies führt zu einer spürbaren Belastung vieler Haushalte und Unternehmen auch in Schleswig-Holstein.

Die Bundesregierung hat erste Maßnahmen ergriffen. Angesichts der fortschreitenden Kriegshandlungen muss aber davon ausgegangen werden, dass weitere Eingriffe in den Markt angezeigt sind.

Dazu gehört, die Transparenz der Preispolitik international agierender Ölkonzerne zu erhöhen und die Preisentwicklung engmaschig zu überwachen. Aktuelle Preissteigerungen können nicht allein mit den Entwicklungen der Rohstoffmärkte erklärt werden. Maßnahmen zur Verschärfung des Kartellrechts sind daher zu begrüßen.

Wie schon 2023 ist es darüber hinaus zu befürworten, krisenbedingte Übergewinne abzuschöpfen und gezielt für Entlastungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger wie insbesondere kleine und mittlere Unternehmen zu verwenden. In der Vergangenheit hat sich der entsprechende europarechtliche Rahmen zur Abschöpfung krisenbedingter Übergewinne bewährt.

Die Mai-Steuerschätzung belegt zudem, dass der Konflikt auch unabhängig von Entlastungsmaßnahmen für die Bürger:innen unmittelbar und auch perspektivisch Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte haben wird. Vor diesem Hintergrund ist die Einführung einer Übergewinnsteuer geeignet, zumindest einen Teil der Belastungen auszugleichen, indem Gewinne aus der Krise angemessen an ihrer Bewältigung beteiligt werden.

Serpil Midyatli
und Fraktion

Beate Raudies